

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Justiz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das Kalenderjahr 2020 (März bis Dezember 2020) sowie Jänner 2021

Wien, 2021

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: März bis Dezember 2020 sowie Jänner 2021

UG 13

I. Zeitraum März bis Dezember 2020

Titel	Aufrechterhaltung des Betriebes an den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Straf- und Maßnahmenvollzug insbesondere durch Beschaffung von Schutzausrüstung
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	12.225.600,- €: Insgesamt wurden vom Bundesministerium für Finanzen im Finanzjahr 2020 Mittelverwendungsüberschreitungsanträge der UG 13 mit Bedeckung aus dem COVID-19-Fonds im Umfang von 12,2256 Mio. € genehmigt; 9,0876 Mio. € hiervon betrafen Maßnahmen für den Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften und 3,138 Mio. € Maßnahmen für den Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzuges
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19 Krisensituation im Bereich der UG 13 bestanden insbesondere in der Beschaffung von Schutzausrüstung:</p> <p>So betraf der Großteil der Beschaffungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften (im Gesamtausmaß von 5.858.124,04 €) die Anschaffung von Hygiene- und Schutzmasken; darüber hinaus wurden insbesondere Desinfektionsmittel, Einweghandschuhe, Gesichtsschutzschilder Schutzbrillen und Fieberthermometer angekauft. Die Auszahlungen wurden auf der Finanzposition 1-4580.488 (Mittel zur Gesundheitsvorsorge COVID-19) verrechnet; die einzelnen zugrundeliegenden Bestellungen können der Auflistung in Beilage 2 (Punkt 1.) entnommen werden.</p> <p>Die Maßnahmen im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs setzten sich insbesondere aus Kosten für Schutzmasken, Handschuhe, Teststreifen sowie ein COVID-19-Testgerät zusammen. Darüber hinaus erfolgten Auszahlungen für diverse Schutzeinrichtungen/-bekleidungen, Spender und Dosiermittel, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, COVID 19-Tests durch Laborleistungen sowie diversen IT-Bedarf.</p> <p>Die Beschaffungen für den Straf- und Maßnahmenvollzug wurden zum einen zentral durch die Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen vorgenommen; die diesbezüglichen Bestellungen im Jahr 2020 können der Auflistung in Beilage 2 (Punkt 2.) entnommen werden, wobei die Bezahlung der Bestellungen zu den Vorgängen 16 bis 20 unter Punkt 2. in Beilage 2 erst im Finanzjahr 2021 erfolgte.</p> <p>Zum anderen wurden von den 28 nachgeordneten Justizanstalten Beschaffungen durchgeführt, welche sich aus einer Vielzahl von</p>

	<p>Kleinstbeträgen zusammensetzen. Insgesamt stellen sich die Auszahlungen für den Straf- und Maßnahmenvollzug im Jahr 2020 im Gesamtausmaß von 2.908.151,22 € – gegliedert nach den angesprochenen Finanzpositionen – wie folgt dar:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Fipo</th> <th>Fipo-Bezeichnung</th> <th>Betrag (€)</th> <th>Betreff</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1-0420.488</td> <td>Sonst. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung</td> <td>68.128,33</td> <td>Wärmebildkameras, Tiefkühlschränke für Notrationen</td> </tr> <tr> <td>1-0488.488</td> <td>ADV-Betriebsausstattung</td> <td>65.348,40</td> <td>Covid-19-Testgerät</td> </tr> <tr> <td>1-7271.488</td> <td>Untersuchungsgebühren</td> <td>162.625,60</td> <td>Covid-19-Testungen</td> </tr> <tr> <td>1-7029.488</td> <td>Sonst. Miet- und Pachtzinsen</td> <td>2.030,47</td> <td>Containermiete f. Lagerung und Desinfektion Schutzausrüstung</td> </tr> <tr> <td>1-4580.488</td> <td>Mittel zur ärztl. Gesundheitsvorsorge und Betreuung</td> <td>2.610.018,42</td> <td>div. Schutzausrüstung: MNS-Masen, FFP2 und FFP3 Masken, Desinfektionsmittel, Desinfektionsreinigungsmittel, Gesichtsschutzschilde, Schutzbrille, Schutzhauben, Handschuhe, Schutzanzüge, Fieberthermomether, Spender, Bodenmarkierungsbänder, Dosierer, Zerstäuber</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td></td> <td>2.908.151,22</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Fipo	Fipo-Bezeichnung	Betrag (€)	Betreff	1-0420.488	Sonst. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.128,33	Wärmebildkameras, Tiefkühlschränke für Notrationen	1-0488.488	ADV-Betriebsausstattung	65.348,40	Covid-19-Testgerät	1-7271.488	Untersuchungsgebühren	162.625,60	Covid-19-Testungen	1-7029.488	Sonst. Miet- und Pachtzinsen	2.030,47	Containermiete f. Lagerung und Desinfektion Schutzausrüstung	1-4580.488	Mittel zur ärztl. Gesundheitsvorsorge und Betreuung	2.610.018,42	div. Schutzausrüstung: MNS-Masen, FFP2 und FFP3 Masken, Desinfektionsmittel, Desinfektionsreinigungsmittel, Gesichtsschutzschilde, Schutzbrille, Schutzhauben, Handschuhe, Schutzanzüge, Fieberthermomether, Spender, Bodenmarkierungsbänder, Dosierer, Zerstäuber	Summe		2.908.151,22	
Fipo	Fipo-Bezeichnung	Betrag (€)	Betreff																										
1-0420.488	Sonst. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.128,33	Wärmebildkameras, Tiefkühlschränke für Notrationen																										
1-0488.488	ADV-Betriebsausstattung	65.348,40	Covid-19-Testgerät																										
1-7271.488	Untersuchungsgebühren	162.625,60	Covid-19-Testungen																										
1-7029.488	Sonst. Miet- und Pachtzinsen	2.030,47	Containermiete f. Lagerung und Desinfektion Schutzausrüstung																										
1-4580.488	Mittel zur ärztl. Gesundheitsvorsorge und Betreuung	2.610.018,42	div. Schutzausrüstung: MNS-Masen, FFP2 und FFP3 Masken, Desinfektionsmittel, Desinfektionsreinigungsmittel, Gesichtsschutzschilde, Schutzbrille, Schutzhauben, Handschuhe, Schutzanzüge, Fieberthermomether, Spender, Bodenmarkierungsbänder, Dosierer, Zerstäuber																										
Summe		2.908.151,22																											
Materielle Auswirkungen	Durch die beschriebenen Maßnahmen konnte die Aufrechterhaltung des Betriebes an den Gerichten, Staatsanwaltschaften sowie im Straf- und Maßnahmenvollzug sichergestellt werden.																												
Finanzielle Auswirkungen	8.766.275,26 € (5.858.124,04 € für Maßnahmen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften und 2.908.151,22 € für Maßnahmen im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzuges)																												

II. Zeitraum Jänner 2021

Titel	Aufrechterhaltung des Betriebes an den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Straf- und Maßnahmenvollzug insbesondere durch Beschaffung von Schutzausrüstung
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Im Rahmen der Budgetierung für das Finanzjahr 2021 wurden der UG 13 für Maßnahmen iZm COVID-19 insgesamt 4,439 Mio. € zugewiesen, welche gemäß § 37 BHG 2013 gebunden wurden. Im Ausmaß von 1.077.448,06 € erfolgte im Jänner 2021 die Zustimmung des BMF zur Aufhebung dieser Bindung.
Beschreibung der Maßnahmen	Auch im Jahr 2021 betreffen die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19 Krisensituation im Bereich der UG 13 vor allem die Beschaffung von Schutzausrüstung. Im Hinblick auf die ab 25. Jänner 2021 geltenden Maßnahmen wie die Pflicht zur Verwendung von Atemschutzmasken der Schutzklasse FFP2 wurden insbesondere solche Masken beschafft. Die im Jänner 2021 erfolgten zentralen Beschaffungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften (Punkt 1.) und den Straf- und Maßnahmenvollzug (Punkt 2.) können der angeschlossenen Auflistung in Beilage 3 entnommen werden. Der Aufhebung der Bindung gemäß § 37 BHG 2013 wurde vom Bundesministerium für Finanzen im Jänner 2021 in Bezug auf Beschaffungsvorgang 1 unter Punkt 1. in Beilage 3 zugestimmt.
Materielle Auswirkungen	Durch die beschriebenen Maßnahmen kann die Aufrechterhaltung des Betriebes an den Gerichten, Staatsanwaltschaften sowie im Straf- und Maßnahmenvollzug sichergestellt werden.
Finanzielle Auswirkungen	Auszahlungen im Jänner 2021: 145.597,66 € (405,60 € für Gerichte und Staatsanwaltschaften und 145.192,06 € für den Straf- und Maßnahmenvollzug). Diese Zahlungen erfolgten jeweils für Bestellungen aus dem Jahr 2020 und betrafen die Beschaffung von insgesamt 25 Liter Flächendesinfektionsmittel für die Oberlandesgerichte Wien und Graz sowie von COVID-19 Schutzausrüstung (Atemschutzmasken und Einwegoveralls) für den Straf- und Maßnahmenvollzug. Für die erwähnten Beschaffungsvorgänge gemäß Beilage 3 wurden im Jänner 2021 noch keine Auszahlungen geleistet.

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7

1070 Wien

www.bmj.gv.at

